



## Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



12.03.2015

EVP-Fraktion  
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,  
Liebe Leser,

### **Freihandel: Transparenz bei TiSA**

Nach TTIP, dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, beginnen die Verhandlungen zum nächsten „großen“ Freihandelsabkommen TiSA. Für dieses multinationale Dienstleistungsabkommen haben die Mitgliedstaaten jetzt die [Richtlinien des Verhandlungsmandats](#) veröffentlicht. Dies ist ein wichtiger erster Schritt für erfolgreiche und transparente Verhandlungen – und eine der Lektionen aus den Protesten über die Verhandlungen zum TTIP. TiSA soll transparent sein, von Anfang an. Im TiSA werden einige „heiße Eisen“ verhandelt, etwa der Schutz der öffentlichen Dienstleistungen. Das Europäische Parlament stimmt über das Verhandlungsmandat ebenfalls noch ab. Ich halte Sie auf dem Laufenden – sowohl über TTIP als auch TiSA. Wir wollen Wachstum und Beschäftigung durch Freihandel ermöglichen – und das hat der Freihandel

bisher auch gebracht. Deshalb stehen an erster Stelle Transparenz, stete Information und Mitsprachemöglichkeiten.

### **Gleichstellung ist Sache der Mitgliedstaaten**

Es war die bislang größte (organisierte) Protestwelle dieses Jahres: Hunderte von Mails jeden Tag forderten dazu auf, gegen den Bericht des belgischen sozialistischen Kollegen Tarabella zu stimmen. Vordergründig ging es um die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2013 – tatsächlich verbargen sich Forderungen etwa zur Abtreibung darin, die mit Gleichberechtigung nichts zu tun haben. Ich habe dem Bericht nicht zugestimmt und mich damit für die Wahrung der alleinigen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten in diesen Bereichen ausgesprochen, etwa dem Schutz der Familie, dem Recht auf Erziehung der eigenen Kinder oder der Bekämpfung von Altersarmut. Der Bericht wurde im Plenum mit einer linken Mehrheit zwar angenommen, bleibt aber folgenlos, da die EU hier keine Kompetenzen hat.

### **Handlungsbedarf bei der Betrugsbekämpfung**

Wo stehen wir in der Betrugsbekämpfung? Der Jahresbericht 2013 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU zeigt weiter den Handlungsbedarf auf: Während 17% mehr Unregelmäßigkeiten verzeichnet worden sind, fiel die Wiedereinziehungsquote der betroffenen Gelder noch niedriger aus als zuvor. Wir brauchen in der EU eine verlässliche Betrugsbekämpfung, damit die Mittel auch tatsächlich beim richtigen Empfänger ankommen. Ich habe im Plenum kritisiert, dass die Statistiken des Amts für Betrugsbekämpfung OLAF nicht zuverlässig sind. Da besteht höchster Handlungsbedarf von Seiten der Kommission. Gewonnen haben wir drei wichtige Abstimmungen, die diese statistischen Manipulationen benennen. Übrigens haben die FDP-Abgeordneten gegen diese klare Linie gestimmt!

### **Europäisches Semester: Umsetzung verbessern**

Das „europäische Semester“, also die gegenseitige

#### **So können Sie mich erreichen:**

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868  
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868  
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073  
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge\_graessle



## Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



12.03.2015

EVP-Fraktion  
im Europäischen Parlament

Kontrolle der nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten, ist ein Meilenstein für eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Diese Haushaltskontrolle steckt noch in den Kinderschuhen und wird gerade erst systematisch aufgebaut. Bisher werden lediglich 8% (!) der Empfehlungen der europäischen Ebene umgesetzt. Es gibt also dringenden Verbesserungsbedarf. Der schlägt sich besonders in Schlüsselbereichen wie der Jugendbeschäftigung nieder, wo dringend effizienter investiert werden muss.

### **Gebührensenkung für Kartenzahlungen**

Zahlen mit Kreditkarte soll billiger werden. Wir haben eine EU-Verordnung verabschiedet, die sogenannte Interbankenentgelte vereinheitlicht, also Gebühren, die sich Geldinstitute untereinander in Rechnung stellen. Interbankenentgelte werden europaweit auf höchstens 0,2% des Transaktionswerts begrenzt bzw. bei Kreditkartenzahlungen auf 0,3%. Diese Gebührensenkung sowie die größte

re Transparenz bedeuten Preissenkungen für die Verbraucher.

### **Fortschrittsberichte der EU-Beitrittskandidaten**

Die Fortschritte von Serbien, Mazedonien und Montenegro im Heranführungsprozess an die EU waren ebenfalls Gegenstand der Debatte. Im Querschnitt der Berichte zeigt sich ein deutliches Muster ähnlicher, teils gravierender sozialer und politischer Probleme in den Balkanländern. Bestehende Mängel in den Bereichen Korruption im öffentlichen Dienst und organisierte Kriminalität sowie die politische Einflussnahme auf Presse und Justiz sind nur einige Beispiele. Trotz einiger Annäherungen der nationalen Gesetzgebung an das EU-Recht ist die effektive Umsetzung nicht gesichert. Schleppende Fortschritte also – ein baldiger Beitritt ist nicht in Sicht!

### **Jordanischer König im Europäischen Parlament**

König Abdullah II. von Jordanien verurteilte die Terrorgruppe „Islamischer

Staat“ und betonte die Verantwortung der muslimischen Nationen für den Kampf gegen Terrorismus. Von der EU forderte er die Bekämpfung von Islamfeindlichkeit, Minderheitenschutz und eine politische Lösung des Nahostkonflikts.

### **Besuch aus der Heimat**

In Brüssel konnten wir die Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell zu Gesprächen rund um die gemeinsame Agrarpolitik begrüßen, in Straßburg 75 Schülerinnen und (wenige) Schüler des Gymnasiums Friedrich II. aus Lorch.

### **Neuigkeiten aus meinem Büro**

Seit Anfang März unterstützen mich zwei neue Praktikanten. Konstantin Eisel und Sigrid Weber, beide Studierende der Politik- und Verwaltungswissenschaft im dritten Semester an der Universität Konstanz, freuen sich darauf, in ihrem Praxissemester die täglichen Aufgaben einer EU-Abgeordneten kennenlernen zu dürfen.

#### **So können Sie mich erreichen:**

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868  
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868  
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073  
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge\_graessle